



(Un-)Sicherheitsdiskurse und Stadtentwicklung im erweiterten Europa: Regionalisierung und Kontextualisierung von Sicherheit am Beispiel von Großwohnsiedlungen in Deutschland, Frankreich und Polen

Folgeprojekt des ZIS-Projekts

"Die Stadt und das Fremde. (Un-)Sicherheitsdiskurse und Stadtentwicklung im erweiterten Europa"

Hintergrund und Fragestellung

Sicherheit und Unsicherheit sind in den vergangenen Jahren weltweit zunehmend in den Fokus medialer und politischer Auseinandersetzungen gerückt. Neue Sicherheitspolitiken, die von technischen Überwachungsmaßnahmen über kriminalpräventive städtebauliche Gestaltung bis hin zur Organisation von verstärkter sozialer Kontrolle reichen, tragen dazu bei, dass Sicherheit inzwischen ein konstitutives Element der Stadtentwicklung ist und gleichzeitig eines der zentralen Themen der zeitgenössischen Stadtforschung darstellt.

Ausgangspunkt des Forschungsprojekts ist die These, dass „sichere“ und „unsichere“ Räume Ergebnis von Deutung und Bedeutungszuweisungen innerhalb eines sozialen Konstruktionsprozesses sind. Räume, Orte und Plätze sind nicht naturgegeben, sondern stets mit Bedeutungen versehen, die zu einem großen Teil auf sprachlichem Wege verhandelt und vermittelt werden. Die Aushandlung und Zuschreibung von Bedeutungen geschieht jedoch nicht „willkürlich“, sondern sie ist vielfach eingebettet in und geleitet durch gesellschaftliche Regeln und Konventionen. Die Gesamtheit dieser institutionell geregelten Aussagen und deren gesellschaftlicher Kontext werden in einer poststrukturalistischen Lesart als Diskurs bezeichnet. Demnach ist die Bezeichnung von Stadtvierteln mit sicheren oder unsicheren Eigenschaften das Ergebnis einer diskursiven Herstellung – einer diskursiven Regionalisierung von (Un-)Sicherheit. Diese Regionalisierungen werden im Rahmen des Projekts anhand der Diskurse um (Un-)Sicherheit in Deutschland, Frankreich und Polen vergleichend analysiert.

Als Fallstudien stehen randstädtische Großwohnsiedlungen der Hauptstädte Berlin, Paris und Warschau im Zentrum der Untersuchung. Diese werden zunehmend als „unsichere Orte“ konstituiert und stellen in den drei Ländern ein relativ homogenes und vergleichbares Strukturmerkmal der Stadtentwicklung dar. Indem sie, wie bspw. in den nebenstehenden Zeitungsberichten, in einen Kontext mit Gewalt oder Armut gestellt werden, erhalten sie eine bestimmte Bedeutung. Die Beispiele verdeutlichen, dass Bedeutungen temporär und durch ihren jeweiligen gesellschaftlichen Kontext bestimmt sind.

Auch in den Großsiedlungen in Deutschland und Frankreich zielen neue Sicherheitspolitiken auf die Herstellung sicherer Räume, wobei die Instrumente deutlich differieren. In den verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten entstehen durch unterschiedliche Institutionengefüge und nationale Entwicklungspfade spezifische Konfigurationen von Raum und Sicherheit. Die Identifizierung des länderspezifischen Ensembles von Institutionen und Organisationen, das an der Sicherheitsproduktion beteiligt ist, die diskursiven Regionalisierungen (re-)produziert und den Diskurs stützt, ist daher ein weiteres wesentliches Ziel des Projekts. In Anlehnung an den von FOUCAULT geprägten Begriff des Dispositiv, das als strategisches Moment gefasst wird, das dazu beiträgt den gegenwärtigen Diskurs und die daran geknüpften Machtverhältnisse aufrecht zu halten, wird eine Analyse der machtvollen Instanzen der Sicherheitsproduktion angestrebt.

Fallstudie: Diskursive Regionalisierungen und Kontextualisierungen von Großwohnsiedlungen in Deutschland

Wurden Großwohnsiedlungen in der BRD bis Ende der 1960er Jahre, in der ehemaligen DDR bis zur Wende, mit Fortschritt und Moderne verknüpft, so erscheinen sie heute eher als „gefährliche Orte“ und „Problemviertel“. Seit der Wende werden ostdeutsche Großwohnsiedlungen als Symbol des Niedergangs der DDR gezeichnet. Zudem scheint der in Westdeutschland dominierende negativ behaftete Diskurs auf den Osten übertragen worden zu sein und hat die Stigmatisierung auch von ostdeutschen Großsiedlungen forciert. Den unterschiedlichen Entwicklungspfaden entsprechend wurden eine Ost- und eine Westberliner Großwohnsiedlung als Untersuchungsgebiete ausgewählt.

Gropiusstadt/ Marzahn

Die Gropiusstadt, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtet wurde, wird bereits seit den 1975er Jahren immer wieder als „Angstraum“ und „Problemviertel“ beschrieben. In den letzten Jahren scheint sich ein Diskurs verfestigt zu haben, der sie als Ort verfehlter Integration von Zuwanderern beschreibt und Konflikte zwischen ausländischen Jugendlichen und der älteren (Stamm-)Bevölkerung ausmacht. Die Großwohnsiedlung Marzahn im Osten Berlins war vor der Wende ein Aushängeschild sozialistischer Stadtentwicklung. Erste Untersuchungen zeigen aktuell ein differenziertes Bild der Konstitution Marzahns als „unsicherer“ Stadtraum, das v. a. aus den Diskussionsträngen um Kriminalität, die Integration von Zuwanderern v. a. aus den ehemaligen Sowjetrepubliken und die Bedrohung durch den („ostdeutschen“) Rechtsextremismus gezeichnet wird.

Seit einigen Jahren werden in den beiden Siedlungen neue Sicherheitspolitiken eingeführt, darunter „doormen“-Konzepte und Bestreifungen durch private Sicherheitsdienste. Zudem wurden Teilbereiche der Großsiedlungen in das Programm Soziale Stadt aufgenommen, in dem es u. a. darum geht, Sicherheit und Ordnung auf städtischer und Quartiersebene herzustellen und damit einen Beitrag zur Stabilisierung „sozialer Kohäsion“ zu leisten. Die neuen governance-Formen (Kommunalisierung und Privatisierung von Sicherheit), wie sie im Programm Soziale Stadt ihren Ausdruck finden, sowie die territorialen Ansätze der neuen Sicherheitspolitiken führen einerseits zu einer Verlagerung von einer „unbegrenzten“ bis hin zu „formalen sozialen Kohäsion“, andererseits verstärken sie die Ausgrenzung und Stigmatisierung von „unerwünschten Personengruppen“, wie Jugendlichen oder Migranten. Diese „neuen“ Kontextualisierungen von Sicherheit stellen die mit den Regionalisierungen in Wirkungszusammenhängen stehenden neu konfigurierten machtvollen Strukturen und Mechanismen dar, die die Raumvorstellungen von Großwohnsiedlungen als unsichere Räume stützen und zur Umsetzung der neuen Sicherheitspolitiken beitragen. Für die kritische Analyse der Regionalisierungen und Kontextualisierungen bedient sich das Projekt eines diskurstheoretischen Forschungsprogramms.



Sicherheitskräfte der "Kiezstreife" des Berliner Wohnungsunternehmens DEGEWO in der Gropiusstadt



Großwohnsiedlung Berlin-Marzahn



Bewachter Wohnkomplex in Bialoleka-Warschau

Projektleitung:

Prof. Dr. Robert Pütz
(Humangeographie Frankfurt)

Dr. Georg Glasze
(Geographie)

Mitarbeiter:
Henning Schirmel
(Geographie)

Mittwoch, 27. August 1997 BERLIN-SEITE Süddeutsche Zeitung Nr. 196 / Seite 8

DER TAGESSPIEGEL Tiefe Risse im Plattenbau West

Vor 35 Jahren war die Gropiusstadt modern und begehrt, jetzt verarmt und verrotzt die Siedlung mit ihren Sozialwohnungen

Die Angst geht um in Gropiusstadt

24.05.2003

14-Jähriger wurde krankenhausrif geschlagen. Anwohner fühlen sich von Banden terrorisiert.

Seit einigen Jahren sind Großwohnsiedlungen zunehmend als Schauplatz für die Etablierung raumbezogener Sicherheitspolitiken zu beobachten. Das Projekt geht von der Annahme aus, dass sich der Diskurs um (Un-)Sicherheit länderspezifisch differenziert einschreibt und mit unterschiedlichen „neuen“ Sicherheitspolitiken einhergeht. Diesen ist gemein, dass sie einem territorialen Ansatz folgen, sich auf einzelne Raumabschnitte konzentrieren, die als „Problemzonen“ definiert und so zum Interventionsfeld für unterschiedliche Programme werden. In Warschau entstehen bspw. seit einigen Jahren umzäunte und von privaten Sicherheitsdiensten bewachte Wohnkomplexe.